

## Bericht über die Entwicklung in POLEN

August 1961

I. <u>Politische Ereignisse</u>	Seite: 1
1) Auswirkungen der Berliner Krise auf Polen	1
2) NEHRU	2
3) Wirtschaftliche Zusammenarbeit Polen-SBZ	6
4) Polen und das KPdSU-Programm	8
II. <u>Wirtschaft</u>	10
1) Weniger Mauern - mehr Maschinen	10
2) Wirtschaftsvergehen und Unvollkommenheit der Menschen	10
3) Traktoristen	11
4) Staatsfarmen schon rentabel	13
III. <u>Soziale Probleme</u>	15
1) 30 Millionen Polen	15
2) Erhöhung der Mindestlöhne	16

-----

Herausgegeben vom Ostbüro der SPD - Bonn

## I. Politische Ereignisse

### 1) Auswirkungen der Berliner Krise auf Polen

Für die verantwortlichen Männer in Warschau war es vom Beginn der Berliner Krise an klar, daß sie Auswirkungen auf das Leben in Polen haben werde. Polens Stellung innerhalb des Ostblocks ist eine Sonderstellung. Eine Machtverschiebung im Kreml oder eine andauernde Verschärfung der internationalen Lage kann diese, jetzt noch von Moskau geduldete, Ausnahmeposition Polens gefährden.

Als CHRUSCHTSCHOW vor etwa drei Jahren sein "Berlin-Programm" verkündete, ahnte man in Warschau, daß damit eine Weltkrise heraufbeschworen wurde. Seit einigen Wochen ist nun diese Krise akut geworden. Die Folgen dieser gespannten Weltlage sind in Polen deutlich zu spüren. Was Warschau schon vor drei Jahren befürchtete, ist zum Teil schon eingetroffen.

Es bedarf keines besonderen politischen Scharfsinns, um festzustellen, daß GOMULKA-Polen sich keine solche Krise wünschte. Wie es einmal treffend ausgedrückt wurde, gehört Polen zu den "Freiesten unter den Unfreien" und will dieses Privileg behalten. Außer den wenigen unbelehrbaren Stalinisten gibt es in Polen niemanden, der sich eine Angleichung des jetzigen polnischen Systems an das in der "DDR" oder CSR herrschende System wünschen würde. In Polen weiß man, daß das Streben nach der Uniformität und Gleichschaltung im Sowjetblock immer noch stark ist, und daß man im Ostblock die Sonderstellung Polens mit Mißtrauen und auch mit Neid betrachtet. Jede Verschiebung der Machtpositionen innerhalb des Ostblocks und auch jede krisenhafte Verschärfung der internationalen Lage gibt den uniformistischen Tendenzen im Osten neuen Antrieb. Es war also logisch, daß man sich in Warschau eine Stabilität der Machtverhältnisse im Kreml und eine weltweite politische Entspannung im ureigensten Interesse wünschte.

Polen ist nur ein Satellit der Sowjetunion und führt keine selbständige Außenpolitik. Die Tatsache, daß Westberlin mehr als ein Dutzend Jahre lang für die "DDR" ein Fenster und gleichzeitig eine Tür zur freien Welt war, verursachte niemanden in Warschau Kopfschmerzen. Die Sorgen ULBRICHTS waren niemals Warschaus Sorgen, und die Differenzen zwischen GOMULKA-Polen und Pankow sind eine allgemein bekannte Tatsache. Aus der Satellitenposition Polens resultierte allerdings die Notwendigkeit, alle außenpolitischen Unternehmen CHRUSCHTSCHOWS zu unterstützen.

So geschah es auch vom ersten Augenblick an in der Berliner Krise. Polen deklarierte sich identisch mit CHRUSCHTSCHOW, obwohl GOMULKA wußte, daß sein Land hier nichts zu gewinnen, dagegen viel zu verlieren hatte.

Obwohl widerstrebend, stellte sich Polen doch hinter die Kräfte, die heute durch ihre Anmaßung und Skrupellosigkeit den Weltfrieden gefährden. Die Rechnung dafür wird zum Teil schon heute präsentiert.

Der Bevölkerung Polens wurde im letzten Kriege nichts erspart. Ein Land, das fast 20 % seiner Bevölkerung, ein Drittel seines Volksvermögens und seine Hauptstadt verlor, reagiert in der nervösen Atmosphäre der letzten Wochen sehr empfindlich, wie es auch anders nicht zu erwarten war. Aus allen Berichten, die man aus Polen bekommt, geht hervor, daß dort eine an Panik grenzende Nervosität herrscht und daß Angstkäufe die Versorgung mit Lebensmitteln und industriellen Konsumgütern völlig durcheinander gebracht haben. Die Haltung der Bevölkerung schafft für die Regierenden nicht nur wirtschaftliche Probleme. Die Leute in Polen sehen die Lage so, wie man sie im Westen sieht: Die Forderungen der Sowjets beschwören die Gefahr eines neuen Krieges herauf. Diese Meinung wird in Polen ganz offen ausgesprochen. Seit 5 Jahren lernte man in Polen, wieder seine Meinung sagen. Heute hört man überall, auf der Straße, in den Betrieben, ja sogar in den Parteiversammlungen die gleiche Frage: Warum unterstützen wir eine Aktion, die zu einem Kriege führen kann?

Wie allgemein und wie aufdringlich diese Frage gestellt wird, beweist die Tatsache, daß ein Rundfunksender in Polen es für notwendig hielt, sich mit vielen Hörerbriefen zu beschäftigen, die sich ausschließlich mit diesem Problem befassen.

Die Unlust der Menschen wendet sich gegen die Russen und gegen ihre kommunistischen Handlanger in der Sowjetzone. Was man über die sowjetischen "Freunde" nicht auszusprechen wagt, äußert man um so deutlicher, wenn man über ULBRICHT spricht. Es ist schon bekannt geworden, daß sogar in den Parteiversammlungen in Polen Stimmen laut werden, die ULBRICHT und seine Mitarbeiter als die eigentlichen Kriegshetzer in der jetzigen Krise bezeichnen.

Die Haltung der Bevölkerung in Polen ist so unzweideutig, daß sie zu einer ernststen Gefahr für das Regime zu werden droht. Beobachter in Warschau sind der Meinung, daß eine etwaige Aufforderung an die Massen, für die Erhaltung der Stärke des "sozialistischen Lagers" Opfer zu bringen eine Welle von Demonstrationen im ganzen Lande hervorrufen könnte.

Die ablehnende Haltung der Bevölkerung macht den Regierenden in Polen große Sorgen. Man muß damit rechnen, daß sie durch neue Umstände, die bei einer etwaigen weiteren Verschärfung der Lage eintreten würden, noch viel größer werden können.

Polens Wirtschaft richtet sich in zunehmendem Masse auf die Integration des Ostblocks ein. Heute aber ist Polen noch sehr stark mit dem Westen verflochten, von dort bezieht man einen großen Teil der Investitionsgüter, und schließlich ist Polen das einzige Land im Ostblock, das amerikanische Kredite in Anspruch nimmt.

Gerade in diesem Jahre bemühte sich Polen um die Erweiterung dieser Kredite in der Annahme, daß die Präsidentschaft KENNEDYS eine günstige Voraussetzung für dieses Vorhaben sei. Vor einigen Wochen schickte GOMULKA deshalb einen neuen Mann als Botschafter nach Washington, Edward DROZNIAK. Zum ersten Male nach dem Kriege hat man für diesen Posten keinen Politiker (wie den jetzigen stellvertretenden Außenminister Jozef WINIEWICZ) und keinen Berufsdiplomaten (wie den kürzlich abberufenen Botschafter Ronald SPASOWSKI), sondern einen Bankmann nach Amerika geschickt, der noch dazu das Land ausgezeichnet kennt. DROZNIAK war während der letzten 5 Jahre Präsident der Polnischen Nationalbank.

DROZNIAK bekam den Auftrag, die Handelsbeziehungen zwischen Polen und Amerika auszubauen und größere Kredite zu erwirken. In Anbetracht der jetzigen Lage erscheint es aber in Warschau mehr als fraglich, ob der Mission DROZNIAKS ein Erfolg beschieden sein wird.

Noch mehr als Sperrung der amerikanischen Kredite befürchtet man in Warschau ein generelles wirtschaftliches Embargo des Westens gegenüber dem Sowjetblock. Man weiß in Warschau, daß der Westen bei etwaigen weiteren Provokationen CHRUSCHTSCHOWS die Waffe des wirtschaftlichen Boykotts einsetzen kann, und man versucht schon heute sich die Folgen einer solchen Maßnahme für die Wirtschaft Polens vorzustellen.

Die Überlegungen, die man sich in Polen über die möglichen Folgen der Berliner Krisenmacht, stimmen sowohl die Regierenden als auch die Regierten recht pessimistisch. Presse, Radio usw. behandeln zwar die zu einer Weltkrise herangewachsene Berliner Frage mit einer optimistischen Gelassenheit, aber diese offizielle Haltung kontrastiert allzu kraß mit der Stimmung der Massen, mit dem, was man laut und öffentlich sagt. So kann es niemanden verwundern, daß auch ziemlich hoch in der offiziellen Hierarchie stehende Personen keineswegs den amtlichen Optimismus teilen und bei einer etwaigen weiteren Verschärfung der jetzigen Weltlage üble Rückwirkungen auf die Lage in Polen befürchten.

Im allgemeinen vermeidet die polnische Presse jegliche Kommentare zu der Lage, die infolge der sowjetzonalen Maßnahmen seit dem 13. August 1961 entstanden ist. Man beschränkt sich auf die Veröffentlichung der offiziellen Erklärungen, Noten und Telegramme der Presseagenturen. Die Stellen der Texte, die die polnische Öffentlichkeit beunruhigen könnten, werden abgemildert. Ein flüchtiger Zeitungsleser in Polen könnte beispielsweise bei der Lektüre einer langen Erklärung der sowjetischen Regierung die Tatsache übersehen, daß dort die Wiederaufnahme der Atomversuche angekündigt wurde. Über die einzelnen Explosionen schreiben die Zeitungen kein einziges Wort (nichts anderes als in der Sowjetunion.)

Die Leute sind aber trotz dieser Vorsichtsmaßnahmen ausreichend über alles, was in der Welt geschieht, informiert, weil sie allgemein die westlichen Rundfunksender, vor allem die polnischen Sendungen von RFE (Radio Freies Europa) und BBC hören. Die Verschwiegenheit, die von offiziellen Nachrichtenvermittlungen geübt wird, nützt also garnichts.

Wenn man über das allgemeine Bild der polnischen Presse in den letzten Wochen spricht, muß man noch eines hervorheben: Hier fehlt der aggressive und hetzende Ton, der für Presse und Rundfunk in der Sowjetunion so kennzeichnend ist, fast gänzlich.

2) N E H R U

Wer die polnische Presse in den letzten Wochen aufmerksam studiert hat, dem ist eine interessante Tatsache aufgefallen. Zahlreiche politische Persönlichkeiten und Presseorgane im westlichen Lager äußerten sich in der letzten Zei

über die Frage der Oder-Neiße-Grenze und waren der Meinung, daß eine evtl. Anerkennung dieser Grenze durch die Westmächte zur Entschärfung der Berliner Krise beitragen könnte. Diese Stimmen wurden zwar von der polnischen Presse notiert, aber man tat es ohne den bisher bei solchen Gelegenheiten üblichen Aufwand. Ganz anders reagierte dagegen die Presse in Polen, als ähnliche Äußerungen vom indischen Ministerpräsidenten NEHRU gemacht wurde.

Es ist keine Neuigkeit, daß Polen seit Jahren um die offizielle Anerkennung seiner Westgrenze kämpft. Ebenfalls allgemein bekannt ist die Tatsache, daß den Russen weniger daran liegt, daß diese Anerkennung durch den Westen ausgesprochen wird. Die Gründe für das sowjetische Verhalten liegen auf der Hand. Eines der wenigen Argumente, mit denen man in Polen für die Sowjets Stimmung machen konnte, war die Tatsache, daß die Sowjets die einzigen Garanten der territorialen Integrität Polens sind. Moskau würde diese Rolle des einzigen Beschützers nicht gerne aufgeben. Die Sowjets wissen also gut, wie wenig Sympathien sie in Polen besitzen...

Warschau ist dagegen an einer etwaigen westlichen Garantie lobhaft interessiert. Sie würde viel dazu beitragen, das Gefühl der Sicherheit unter den polnischen Einwohnern der Oder-Neiße-Gebiete zu stärken. Aber Warschau ist in einer delikaten Situation und weiß über die Haltung der Sowjets in dieser Angelegenheit genau Bescheid. Man möchte in Warschau den "großen Freund" nicht dadurch verstimmen, daß man mit allzu großer Begeisterung gewisse Tendenzen, die erst kürzlich im Westen zum Vorschein kamen, begrüßt.

Es würde fast so aussehen, als ob GOMULKA die sowjetischen Garantien für nicht ausreichend hielt. Diese Überlegung ließ Warschau mit einer gewissen Zurückhaltung alle diesbezüglichen Nachrichten aus dem Westen zur Kenntnis nehmen.

Der Wunsch nach einer westlichen Garantie ist aber in Warschau trotz allem sehr stark. Die Äußerungen NEHRUs zum Oder-Neiße-Problem wurden daher mit einem außergewöhnlichen Aufwand herausgestellt. Das Lob, das man dem indischen Premier für seine Worte in Warschau spendete, dürfte in Moskau kein Mißtrauen erwecken, da NEHRU nicht zum Lager der "imperialistischen Aggressoren" gehört. Weil er aber gerade dasselbe wie manche dieser "Aggressoren" in der Oder-Neiße-Frage empfahl, nutzte man in Warschau diese Gelegenheit aus.

Bekannterweise legte der indische Ministerpräsident in der Oder-Neiße-Frage lange Zeit eine ganz deutliche Zurückhaltung an den Tag. Es fiel schon vor drei Jahren auf, daß der polnische Ministerpräsident, CYRANKIEWICZ, bei seinem Besuch in Indien die indischen Ansprüche in Kaschmir sehr deutlich unterstützte und trotzdem keine wohlwollende indische Äußerung über die Oder-Neiße-Grenze zu hören bekam. Schon damals aber bedankte sich der indische Regierungschef bei seinem polnischen Gast für etwas, das nach den Worten NEHRUS "das schönste Geschenk Polens an Indien war." Er meinte damit den neuen Botschafter der Volksrepublik Polen in Now Delhi - Julius Katz-Suchy.

KATZ-SUCHY gehört zu den Stardiplomaten Polens und vertrat sein Land mehrere Jahre als der ständige Vertreter bei den Vereinten Nationen. Der gewandte und ausgezeichnet englisch sprechende Pole erwarb sich in Indien in kurzer Zeit die Sympathien der führenden politischen Männer des Landes. Besondere Freundschaft soll ihn mit Krischna MENON verbinden.

KATZ-SUCHY gehört zu den wenigen Diplomaten in der indischen Hauptstadt, die sich rühmen können, von NEHRU als Freund bezeichnet zu werden. Mit dem indischen Premier soll ihn nicht nur eine persönliche Sympathie verbinden. NEHRU schätzt den Scharfsinn und die Urteilskraft des polnischen Diplomaten und hört sich seine Meinung auch dann gerne an, wenn es sich um Sachen handelt, die weit über die direkten Beziehungen zwischen Indien und Polen hinausgehen. In Warschau behauptet man, daß die letzten Äußerungen NEHRUS zur Oder-Neiße-Frage ohne Zweifel auf das Betreiben des polnischen Botschafters zurückzuführen sind. Diese Tatsache war für Warschau noch ein Grund mehr, den Worten NEHRUS große Publizität zu verleihen.

### 3) Wirtschaftliche Zusammenarbeit Polen-SBZ

Am 14. August, einen Tag nach der Sperrung der Sektorengrenze in Berlin, traf in der polnischen Hauptstadt eine Regierungsdelegation aus Pankow ein. An der Spitze der Delegation stand der stellvertretende Ministerpräsident, Bruno LEUSCHNER. Zweck des Besuches waren wirtschaftliche Gespräche zwischen Delegationen der beiden Länder.

In den letzten Monaten vor dem Willkürakt der SED, als sich noch ununterbrochen ein breiter Strom von Flüchtlingen aus der "DDR" in die Freiheit ergoß, richtete ULBRICHT an Polen (und auch an andere Ostblockländer) die Bitte, ihm Fach- und Hilfskräfte zur Verfügung zu stellen. ULBRICHTs Wünsche an Polen bezogen sich u.a. auf Ärzte und Arbeiter der chemischen Industrie.

In Warschau herrschte damals keine Bereitschaft, diesen Wunsch zu erfüllen, weil die Fachkader auch in Polen nicht ausreichen und deswegen kaum "exportiert" werden können. Man wollte ULBRICHT nicht entgegenkommen, obwohl in Warschau befürchtet wurde, daß der westliche Nachbar Polens infolge der immer größeren Fluchtwelle kaum seinen Exportverpflichtungen gegenüber Polen nachkommen könne.

Die Gespräche mit LEUSCHNER begannen in einer veränderten Lage. Kurz vorher hatten in Moskau Beratungen der Länder des Warschauer Paktes stattgefunden, wobei CHRUSCHTSCHOW alle europäischen Satellitenstaaten zu einem weitgehenden Entgegenkommen gegenüber allen Pankower Wünschen aufgefordert hatte.

Kein amtliches Kommuniqué wurde in Warschau über den Verlauf der Gespräche veröffentlicht. Man ließ lediglich verlauten, daß sie "im Geiste der gesteigerten Solidarität der sozialistischen Staaten" geführt worden seien. Die polnischen Gesprächspartner sollen sich den Forderungen der Vertreter ULBRICHTs gegenüber nicht so ganz verschlossen wie früher gezeigt haben.

Die Polnische Presse brachte zwei Wochen später (am 30. August) eine längere Notiz über die bevorstehende Erweiterung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen Polen und der "DDR". Man wies dabei darauf hin, daß sich während der letzten 10 Jahre die Handelsumsätze zwischen den beiden Ländern verdoppelt haben und im vorigen Jahre die Höhe von ca. 310 Millionen Dollar erreichten. Die polnischen Importe aus der "DDR" (die fast zur Hälfte aus Maschinen und industriellen Einrichtungen bestehen) erhöhten sich schneller als der Umfang der polnischen Ausfuhr. Während der kommenden fünf Jahre hofft man, die Handelsumsätze um weitere 35 % zu erhöhen.

Die Bedeutung des Warenaustausches für die beiden Länder drückt am besten die Tatsache aus, daß die Sowjetzone nach der Sowjetunion der zweitgrößte

Handelspartner Polens ist und Polen für Pankow der drittgrößte Partner im Außenhandel (nach der SU und der CSSR).

Die anfangs mangelnde Bereitschaft Polens, dem Pankower Staat "Nachbarschaftshilfe" zu leisten, soll unter den Machthabern der SBZ Verbitterung hervorgerufen haben. Bekanntlich bekam Polen vor ein paar Jahren von der Sowjetzone Kredite für den Bau einiger Kohlegruben.

#### 4) Polen und das KPdSU-Parteiprogramm

Im Kommentar des parteiamtlichen Warschauer Organs "Trybuna Ludu" zum Entwurf des KPdSU-Parteiprogrammes werden zwei Momente ganz besonders stark hervorgehoben:

1. Gleichberechtigung der sozialistischen Staaten und
2. die friedliche Koexistenz mit der nicht kommunistischen Welt.

"Das Programm betont mit Nachdruck, daß die Grundlage für die Beziehungen, die sozialistische Staaten miteinander verbinden, vollständige Gleichberechtigung, Beachtung der Unabhängigkeit und Souveränität und die gegenseitige brüderliche Hilfe ist."

Dies schrieb "Trybuna Ludu" am 1. August und betonte die Notwendigkeit der Gewährleistung und Festigung der Einheit des sozialistischen Lagers.

"Diese Einheit stählt und festigt sich im Kampf mit verschiedenen opportunistischen Strömungen, wie Revisionismus, Rechtsopportunismus und auch Dogmatismus und Sektierertum."

Der Frage der friedlichen Koexistenz widmet das oben zitierte Blatt folgende Worte:

"Die friedliche Koexistenz bildet die Basis für einen friedlichen Wettbewerb zwischen Sozialismus und Kapitalismus in der internationalen Arena. Sie ist die spezifische Form des Klassenkampfes zwischen den beiden Systemen."

Am 6. August wandte sich das polnische Parteiorgan noch einmal der gleichen Frage zu:

"Jedem, der den Entwurf des KPdSU-Parteiprogramms liest, fällt auf, daß in ihm das Streben nach Erhaltung des Friedens mit der Überzeugung, daß ein Krieg vermeidbar ist, organisch zusammenwächst."

9

"Klarer als jemals bisher zeigt das Programm der KPdSU der Welt, daß der Kampf um den Sieg der marxistisch-leninistischen Ideen ... in friedlichem wirtschaftlichen und ideologischem Wettbewerb ausgefochten werden soll."

Die besondere und wiederholte Betonung der friedlichen Koexistenz durch das polnische Parteiorgan ist dadurch schon auffallend, daß sie an dem gleichen Tage veröffentlicht wurde, an dem auch das Kommuniqué über die Beratungen der Staaten des Warschauer Paktes in der Presse erschien. Wie man heute weiß, beschloß man auf dieser Beratung die Sperrung der Sektorengrenze in Berlin. Die Bemühungen des polnischen Parteiorgans spiegeln deutlich die Tendenz der polnischen Partei- und Regierungsspitze wider, möglichst stark den Friedenswillen zu betonen.

Den Mann auf der Straße interessierte (wenn überhaupt) am sowjetischen Parteiprogramm etwas ganz anderes: Wie der Mensch im Kommunismus leben wird. Bei der Lektüre aller großen Versprechungen mußte ein Durchschnittsmensch in Polen immer wieder an die eigene wirtschaftliche Misere denken. So wurden denn auch von den meisten alle verlockenden Perspektiven als Märchenbilder abgetan, die man schon von der eigenen Parteipropaganda aus der stalinistischen Zeit kennt. Dazu gesellte sich das tief eingewurzelte Mißtrauen gegenüber den Sowjets. So kommt es beispielsweise sehr oft vor, daß die einfachen Menschen an Kosmonautenflüge gar nicht glauben wollen und sie für sowjetische und kommunistische Propaganda halten.

## II. Wirtschaft

### 1) Weniger Mauern - mehr Maschinen

Im Investitionsplan für die wirtschaftliche Entwicklung des kommenden Jahres hat sich zum ersten Male deutlich eine Tendenz durchgesetzt, die von der Presse mit den Worten "Mehr Maschinen - weniger Mauern" umschrieben wurde. Man hat nämlich ausgerechnet, daß während der vergangenen 10 Jahre der Anteil der Gebäudekosten bei den neuerrichteten industriellen Anlagen ca. 60 % betrug. Der Rest entfiel auf Maschinen und andere industrielle Ausrüstungen.

Im Jahre 1962 will man deshalb billiger bauen, um mehr Geld in die Maschinen investieren zu können. Der Anteil der Ausgaben für Maschinen soll auf 50 % anwachsen. Auf diese Weise wird man mit dem gleichen Investaufwand größere produktive Effekte erreichen.

Die Gesamthöhe der Investitionen (auf allen Gebieten der Volkswirtschaft) soll im kommenden Jahre die Summe von 118 Milliarden Zloty erreichen. Auf dem Gebiete der industriellen Entwicklung werden die größten Summen dem Bergbau und der Energetik (15,7 Milliarden), der Schwerindustrie (13,3 Milliarden) und der Chemie (9 Milliarden) zugeführt. Fast 21 Milliarden Zloty sollen für Wohnungsbau bestimmt werden.

Für die sogenannte "lokale Wirtschaft" (diese Bezeichnung umfaßt alle Betriebe, die nicht zentral, sondern örtlich verwaltet werden) sollen größere Mittel abgezweigt werden als in der Vergangenheit. Das liegt auf der vom letzten Plenum des ZK eingeschlagenen Linie, der örtlichen Verwaltung mehr Vollmachten zu geben. Diese örtlichen Verwaltungsorgane, die sogen. Volksräte, bekommen in der Wojewodschaft Kattowitz die meisten Gelder für Investitionen. Erst an zweiter Stelle rangiert die Hauptstadt, Warschau.

### 2) Wirtschaftsvergehen und Unvollkommenheit der Menschen

Die sogen. "Wirtschaftsverbrechen" gehören in Polen zu den häufigsten Delikten. Der sehr niedrige Lebensstandard macht es den meisten Menschen in Polen unmöglich, sich durch Fleiß eine gute Existenz zu schaffen. Da alle Menschen nach einer guten Existenz streben, kommen in Polen viele in Versuchung, das, was auf einem ordentlichen Wege für sie unerreichbar ist, auf Umwegen zu bekommen.

Betriebsdiebstähle, Unterschlagungen, die berühmten "Mankos" im Einzelhandel, das alles gehört zu täglichen Erscheinungen, füllt die Spalten der Presse und beschäftigt die Gerichte.

Zuerst verfolgte man die Wirtschaftsvergehen nach den Paragraphen des allgemeinen Strafgesetzbuches. Im Jahre 1958 kam ein Gesetz über den "verstärkten Schutz des gemeinschaftlichen Eigentums" hinzu. Das Strafgesetzbuch bot nach Ansicht der Juristen keinen ausreichenden Schutz für diese Art Eigentum, das im Nachkriegspolen die übliche Form ist.

Das neue Gesetz macht die Höhe der Strafe von der Höhe des angerichteten Schadens abhängig. Bei einem Schaden von 50.000 bis 100.000 Zloty ist z.B. die gesetzlich vorgeschriebene Mindeststrafe 5 Jahre Gefängnis. Bei einem Schaden über 100.000 Zloty darf die Strafe nicht weniger als 8 Jahre Gefängnis betragen und kann bis lebenslänglich ausgedehnt werden. Außerdem ist das Gericht verpflichtet, bei einem Schaden, der 50.000 übersteigt den Verfall des Vermögens (oder eines Teiles des Vermögens) des Verurteilten zu verhängen. Ist der Schaden niedriger als 50.000 Zloty, bleibt die Entscheidung über den Vermögensseinzug dem Gericht überlassen.

Die Vorschriften dieses Gesetzes wurden im Jahre 1959 noch weiter verschärft. Eine vorzeitige Entlassung aus dem Gefängnis wurde z.B. davon abhängig gemacht, ob der Verurteilte den Schaden wiedergutmacht hat.

Alle diese Maßnahmen hatten zum Ziel, das Delikt weniger lohnend zu machen. Niemand sollte darauf spekulieren, daß ihm nach Verbüßung der Strafe noch etwas übrigbliebe, was ihm "einen ruhigen Lebensabend" sichern würde.

Obwohl aber der Gesetzgeber die Maschen des Gesetzes sehr eng gezogen hat, damit ihm auch kleine Fische nicht entwischen können, zeigte es sich, daß die Unbeweglichkeit des bürokratischen Apparates den Dieben doch eine gewisse Chance gibt. Bei der Häufigkeit der Eigentumsdelikte werden die Vollzugsorgane sehr stark in Anspruch genommen. Die Zeit zwischen der Urteilsverkündung und dem Erscheinen der Gerichtsvollzieher ist lang genug, um den Angehörigen des Verurteilten Gelegenheit zu geben, die wertvollsten Sachen aus seinem Besitz auf die Seite zu schaffen. Außerdem sind die Beamten nicht sonderlich darum bemüht, sich in jedem Falle genaue Informationen darüber zu verschaffen, was eigentlich zum Vermögen des Verurteilten gehört. Die Folgen dieser Versäumnisse sind leicht vorzusehen. Die Antwort auf die Frage, ob sich ein Diebstahl an Staatseigentum lohnt oder nicht, bleibt also immer noch offen.

### 3) Traktoristen

Das Problem der ausreichend ausgebildeten Kader in allen Zweigen der Volkswirtschaft ist in Polen immer noch nicht gelöst. Industrie, Bauwesen und Landwirtschaft haben jedes Jahr große, in Millionen gehende Verluste, die auf unsachgemäßes Umgehen mit Maschinen zurückzuführen sind. Das flache Land bleibt immer noch das Hauptreservoir der Arbeitskräfte für die Wirtschaft, und im polnischen Dorf ist die moderne Technik ein noch weitgehend unbekannter Begriff.

In allen kommunistischen Ländern ist der Traktor zu einem Symbol geworden. Sein Erscheinen in der Landwirtschaft sollte den Einzug einer neuen Epoche versinnbildlichen. Traktoristen sind viele Male als die "Vorhut des Kommunismus" besungen worden.

Als man vor 10 Jahren mit der Kollektivierung der polnischen Landwirtschaft begann, waren diese Traktoristen junge Burschen, die früher niemals eine Maschine aus der Nähe gesehen hatten. Die Traktoren, die man damals in Polen (sogar in beträchtlicher Anzahl) produzierte, entsprachen einem Typ, den man vor 50-60 Jahren in Amerika produzierte. Sie waren schwer und plump, verbrauchten ungeheure Mengen von Treibstoff aber waren dafür unverwundlich. Auch die gewagtesten Experimente konnten bei ihnen wenig Schaden anrichten.

Obwohl die Produktion eines solchen veralteten Traktors ein Unikum in der Welt darstellte, erfüllte er seine Rolle als "Schulfahrzeug" gut und wurde sogar jahrelang in unentwickelte Länder Asiens und Afrikas exportiert.

Erst nach dem Oktober 1956 entschloß man sich, die Produktion des alten "Saurier-Traktors" einzustellen. Polnische Konstrukteure entwarfen ein leichteres Traktormodell, das dem heutigen Stand der Technik in der Welt entspricht. Seit über einem Jahr wird dieses Modell serienweise hergestellt und den Staatsfarmen, Kolchosen und Bauernzirkeln verkauft.

Da die Handhabe des neuen Traktors wesentlich komplizierter ist, führte man in letzter Zeit im ganzen Lande eine Überprüfung der Traktoristen durch. Mit Verblüffung stellte man dabei fest, daß nur knapp 20 % der Traktoristen

einen Schulungskurs für den Umgang mit dem neuen Traktor absolviert hatten und daß über 10 % der "Traktoristen" überhaupt keinen Führerschein besaßen. Fast in allen überprüften Fällen mußte man die Feststellung machen, daß man mit den neuen Traktoren nicht sachgemäß umzugehen verstand. Das bezog sich auch auf diejenigen, die einen Spezialkursus hinter sich hatten.

Das bedeutet mit anderen Worten, daß sich während der letzten 10 Jahre das Niveau der Dorftraktoristen überhaupt nicht verändert hat. Wie in der ersten "Pionierzeit" hat man es auch heute meistens mit ahnungslosen jungen Menschen zu tun, die weder Fahrer noch Mechaniker sind und die neuen Traktoren in kürzester Zeit völlig zu Schaden fahren.

Der Grund für diese verblüffende Tatsache ist ziemlich einfach zu erklären: der größte Teil der jungen Dorfburschen, die man in den Städten zu Traktoristen ausbildet, kehrt einfach nach Beendigung der Kurse nicht ins Dorf zurück, sondern bemüht sich um Arbeit in der Industrie, wo man viel mehr verdienen kann. So lange die Verdienstmöglichkeiten auf dem Lande nicht annähernd denjenigen in der Stadt angeglichen werden, wird man viele "Kinderkrankheiten" der Mechanisierung der Landwirtschaft nicht auskurieren können.

#### 4) Staatsfarmen schon rentabel

Die landwirtschaftlichen Staatsgüter, die in der kommunistischen Wirtschaftsplanung die Rolle eines "Musterknaben" spielen sollten, sind im Nachkriegspolen vom Beginn an Sorgenkinder gewesen.

In der stalinistischen Zeit erwartete man von der Landwirtschaft hohe Produktionsziffern, war aber nicht bereit, dies durch entsprechende Investitionen zu ermöglichen. Manche Staatsfarmen besaßen nach dem Kriege nicht viel mehr als den nackten Boden. Es mangelte ihnen an allem: An Wirtschaftsgebäuden, lebendigem Inventar, Maschinen, Saatgut, Kunstdünger und Arbeitskräften. Erst seit Oktober 1956 nahm man sich dieses Problems ernstlich an. GOMULKA sah ein, daß man von unterentwickelten Staatsfarmen keine Wunder in der Produktion erwarten kann.

Es dauerte fast fünf Jahre, bis man so weit war, daß die Staatsfarmen keine Riesenverluste von mehreren Milliarden Zloty mehr hatten, sondern zunächst bescheidene Gewinne bringen. Das jetzt abgeschlossene Wirtschaftsjahr 1960-61 brachte einen Gewinn von 350 Millionen Zloty.

Das ist der Anfang. Die Möglichkeiten für weitere Fortschritte auf diesem Gebiete lassen sich aus dem Vergleich zwischen der Ertragshöhe der Staatsfarmen und der Kolchosen in Polen ablesen. Während die Staatsfarmen z.B. 15,5 dz Getreide (Durchschnitt für 4 Hauptsorten) pro ha erzielen, war die entsprechende Zahl in den Kolchosen 19 dz. Das bedeutet, daß die Staatsgüter schon jetzt ihre Getreideproduktion um etwa 20 % steigern könnten. Die Möglichkeiten einer weiteren Steigerung in der Zukunft sind sehr groß. Bei Fortsetzung der jetzigen Investitionspolitik in der Landwirtschaft läßt sich leicht voraussagen, daß die Gewinne der Staatsfarmen in den nächsten Jahren in Milliardenhöhe wachsen können. Es müssen noch viele Voraussetzungen erfüllt werden, um dieses Ziel zu erreichen. Der gute Anfang ist schon gemacht worden. Sollte Polen aber, wie manche befürchten, von den Sowjets gezwungen werden, sich an den Opfern zur militärischen Stärkung des Ostblocks in größerem Maße zu beteiligen, liegt die Vermutung nahe, daß man die für Rüstungszwecke erforderlichen Mittel durch Einsparungen der Investitionen für Wohnungsbau und Landwirtschaft zu gewinnen versuchen wird. Das würde jeden Fortschritt auf dem Gebiete der Landwirtschaft bremsen und möglicherweise einen Rückschritt herbeiführen-

### III. Soziale Probleme

#### 1) 30 Millionen Polen

Laut Bekanntmachung des Statistischen Hauptamtes in Warschau erreichte Polen am 31. Juli 1961 den Bevölkerungsstand von 30 Millionen.

Die letzte Volkszählung, die im Dezember 1960 stattfand, ergab 29,7 Millionen Einwohner. Eine zehn Jahre früher durchgeführte Volkszählung (Dezember 1950) wies 25 Millionen Polen aus. Kurz vor Ausbruch des letzten Weltkrieges zählte die Bevölkerung Polens 35 Millionen.

Ursprünglich erwartete man, die 30-Millionen-Grenze schon zu Beginn dieses Jahres zu erreichen. Es stellte sich aber heraus, daß die Bevölkerungszunahme sich infolge des geringeren Geburtenüberschusses verlangsamt. Eine Tatsache, über die man in Polen eigentlich froh ist.

Polen gehört seit langem zu den sich schnell vermehrenden Völkern Europas. Aber schon zwischen den beiden Weltkriegen beobachtete man eine fallende / Tendenz, und in den Vorkriegsjahren stabilisierte sich der Geburtenüberschuß auf ca. 10 Promille. Während des letzten Weltkrieges erlitt Polen durch die gezielte Exterminationspolitik seiner beiden Besatzer entsetzliche Verluste. So wurde es mit allgemeiner Freude begrüßt, als man nach dem Kriege eine gewaltige Zunahme der Geburtenzahl feststellte.

Was man zuerst als Segen betrachtete erwies sich mit der Zeit als eine Plage. Im Jahre 1953 erreichte der Geburtenüberschuß einen Höchststand (19,5 Promille) und hielt sich ungefähr auf dieser Höhe die folgenden drei Jahre. Oktober 1956 brachte eine Ernüchterung in der Einschätzung der Folgen einer allzu großen Geburtenfreudigkeit. Es folgte eine bewußte Aktion, die eine Verminderung der Geburten zum Ziel hatte. Die Aufforderung zur Geburtenkontrolle wurde und wird von der Katholischen Kirche verbissen bekämpft. Das "explosive" Tempo der Vermehrung wurde aber glücklicherweise trotz dieser Querschüsse gebremst. In den letzten Jahren ergaben sich für den Geburtenüberschuß folgende Zahlen:

1957 - 18,1 Promille, 1958 - 17,9, 1959 - 16,3, 1960 - 14,9.

Im I. Vierteljahr 1961 - 13,4.

Dieses Sinken der Geburtenzahl läßt sich natürlich nur zum Teil auf die Propaganda der Geburtenkontrolle zurückführen. Die Zahl der jungen Menschen, die im Heiratsalter stehen, ist in den letzten Jahren kleiner geworden, weil die stark verminderten Kriegsjahrgänge jetzt gerade heranwachsen.

## 2) Erhöhung der Mindestlöhne

Am 13. August d.J. veröffentlichte man den Beschluß der polnischen Regierung über die Erhöhung der Mindestlöhne. Die Gültigkeit dieses Beschlusses wurde auf den 1. August rückdatiert. Nach diesem Beschluß beträgt jetzt die untere Grenze für Monatslöhne 700 Zloty und für Stundenlöhne 3.60 Zloty. Es wird bei dieser Gelegenheit daran erinnert, daß es sich schon um die dritte Erhöhung der Mindestlöhne seit Oktober 1956 handelt. Vor diesem Zeitpunkt betrug die Höhe der Mindestlöhne 360 Zloty. GOMULKA erhöhte sie noch 1956 auf 500 Zloty. Im Jahre 1958 wurde sie auf 600 heraufgesetzt und jetzt um weitere Hundert Zloty erhöht.

Es steht fest, daß es sich für 700 Zloty in Polen sehr schlecht leben läßt, auch wenn man eine alleinstehende Person ist. Es gibt dort aber auch Familien, die mit diesem Geld auskommen müssen. Das liegt weit unter dem Existenzminimum. GOMULKA konnte mit seiner letzten Lohnerhöhung den Ärmsten in Polen kein erträgliches Leben sichern. Aber die Bemühungen um die Beseitigung der krassesten Ungerechtigkeiten ist deutlich spürbar.

Die Lohnerhöhung wird sich nicht nur auf diejenigen beschränken, die bis jetzt 600 Zloty pro Monat verdienten. Auch ein Teil derer, die bis jetzt 700 Zloty monatlich in der Lohntüte hatten, wird höher eingestuft und bekommt in Zukunft etwas mehr.

Auffallend ist, daß die Bekanntmachung über die Lohnerhöhung gleichzeitig mit einer anderen, über die Erhöhung der Schnapspreise, erfolgte. Manche Zeitungen brachten, sicher nicht zufällig, beide Bekanntmachungen nebeneinander. Wenn man damit ausdrücken wollte, daß die Mehrgewinne aus dem Verkauf der Alkoholitäten die neueste Lohnerhöhung mit finanzieren sollen, so kann man dem nur beipflichten.